

Konvention, sowohl bezüglich der Frage der... auch bezüglich der der Bankensoren.

Ein Scheitern der Konferenz ist jetzt jedenfalls nicht mehr zu befürchten, da eventuell auch Rußland mit einem Vermittlungsvorschlag über die Verteilung der Polizei auf die marokkanischen Häfen einzuspringen bereit ist.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. März.

In der Mittwochsitzung wurde zunächst ein Schreiben des Abg. Fusanzi (Ztr.) zur Klarstellung von Beschuldigungen, die gegen ihn auch in Zentrumsblättern erhoben worden seien, die Einleitung eines staatsanwaltlichen Untersuchungsverfahrens noch während der Reichstagssitzung zu gestatten, an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Preussischer Landtag.

Sitzung vom 28. März.

1 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage des Abg. Krause (kons.) wegen der Hochwasserschäden im ostpreussischen Kreise Heydekrug.

denken gegeben. Sie waren spitz und scharf. Er hat, wenn mich nicht alles trügt, eine rancune gegen Trend. Warum eigentlich? Sag' Er mir aufrichtig, was hat Er gegen ihn?

„Ich, Majestät?“ stotterte Jaskinski, der nicht gut eingestehen konnte, daß er eifersüchtig sei auf die Günstlinge des königlichen Herr diesem jungen Manne geschenkt hatte.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten gestern Schmiedemeister Ferdinand Wagner und Frau Emilie geb. Siefert in Stolp.

Zum bevorstehenden Künstlerkonzert. Der Pianist Albert Hufeld gab gestern abend in einem im großen Konzertsaal veranstalteten Konzerteinem erfreulichem Weise ziemlich zahlreich erschienenen Publikum Gelegenheit, sein gebiegenes pianistisches Können näher kennen zu lernen.

Aus dem Theaterbureau. Auf die heutige Vorstellung, „Die Tochter des Herrn Fabricius“, welche zum Benefiz für Adolf Lindenlaub gegeben wird, sei hiermit nochmals empfehlend aufmerksam gemacht.

Wieder ein Streik. Seit dem 28. d. Mis. früh haben 72 Zimmergesellen die Arbeit eingestellt, weil ihnen seitens der Arbeitgeber die geforderte Lohnerhöhung von 39 auf 45 Pfennige pro Stunde nicht gewährt worden ist.

Meldepflicht beim Umzuge. Aus Anlaß des bevorstehenden Quartalswechsels wird daran erinnert, daß jeder, der seine Wohnung ändert, dies innerhalb 3 Tagen nach dem Umzuge unter Angabe der neuen Wohnung der Polizei-Verwaltung anzumelden hat.

Die Räumungsfrist von Mietwohnungen ist für Stolp derartig geregelt, daß den Mietern von Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern bei ihrem Auszuge eine 2tägige Räumungsfrist seitens der Hauswirte gewährt werden muß.

Strafkammerurteilung am Mittwoch, den 28. März. Wegen schweren Diebstahls hat sich der 40 Jahre alte, mehrfach vorbestrafte Steinbrücker Josef Müller, ohne festen Wohnsitz, zu verantworten.

Verletzung des Marg hätte sehr leicht dessen Tod zur Folge haben können, da die große Halsschlagader stark gefährdet worden war. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten wegen Hausfriedensbruchs 14 Tage Gefängnis und außerdem gegen Albert Lau wegen schwerer Körperverletzung 1 Jahr 5 Monate Gefängnis.

Personalien von der Eisenbahn. Dem Königl. Bahnmeister Dreyer ist unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Stats für 1906 die Amtsbezeichnung Rgl. techn. Eisenbahn-Bureau-Assistent beigelegt worden.

Die pommerschen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern in den Jahren 1816-1905. Die vor einigen Wochen von preussischen Statistiken herausgegebenen veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 in den preussischen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern geben Veranlassung, einen Vergleich mit den im Jahre 1816 für die Städte unserer Provinz festgestellten Einwohnerzahlen zu ziehen.

Table with 4 columns: City, 1905, 1871, 1816. Rows include Stettin, Stralsund, Stolp, Stargard, Greifswald, Kolberg, Röllin, Anklam, Swinemünde, Demmin, Lauenburg, Neustettin, Pasewalk.

Diese Zahlen lehren, daß fast alle Städte unserer Provinz im letzten Jahrhundert eine recht starke Steigerung ihrer Einwohnerzahl erfahren haben; besonders tritt das hervor bei Stolp Röllin, Lauenburg, Neustettin neben Stettin selbst.

Durch die Blätter geht ein Korrespondenz aus Neustettin, so schreibt die „Nordb. Pr.“, nach welcher gegen den Aufsichtsrat und Vorstand des Neustettiner landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsbereichs auf Grund des § 147 des Genossenschaftsgesetzes Anklage erhoben ist.

Ordnung,

betreffend die Erhebung eines Zuschlages zur Reichs-Brausteuern und einer Biersteuer in der Stadtgemeinde Stolp i. Pomn.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung hier selbst vom 20. Dezember 1905 und 9. März 1906 wird hierdurch gemäß §§ 13, 18, 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 für die Stadtgemeinde Stolp i. Pom. die nachstehende Steuerordnung erlassen:

I. Zuschlag zur Reichsbrausteuern.

§ 1. Steuerfuß.

Von dem im Gemeindebezirke Stolp i. Pom. gebrauten Biere wird ein Zuschlag von 50 vom Hundert des nach dem Reichsgesetze vom 31. Mai 1872 (R. G. Bl. S. 153) festgestellten Brausteuerfußes erhoben.

§ 2. Zeit der Zahlung.

Der Zuschlag ist von den Brauereien gleich wie die Reichsbrausteuern bei der Anmeldung und Versteuerung oder bei der Einzahlung der Abfindungsraten an die Stadthauptkasse zu entrichten.

§ 3. Erstattungen.

Für die Erstattung des Zuschlages sind die wegen Erstattung der Reichsbrausteuern in § 7 des Reichsgesetzes vom 31. Mai 1872 gegebenen Vorschriften maßgebend; sie erfolgen auf Grund einer Bescheinigung der Steuerhebestelle über die bewirkte Erstattung der Reichsbrausteuern.

§ 4. Ausführvergütung.

Für das nach dem Inkrafttreten dieser Steuerordnung aus dem Gemeindebezirke ausgeführte Bier wird der gezahlte Zuschlag, welcher nach dem Verhältnisse der verwendeten Braustoffe zu der Menge des verkaufsfertig hergestellten Bieres berechnet wird, voll vergütet. Der Anspruch auf die Vergütung wird nur denjenigen Brauereien zugestanden, welche selbstgebrautes Bier ausführen und Bücher führen, aus denen die zur Bierbereitung verwendeten Stoffe und deren Menge sowie die Menge des aus den verwendeten Stoffen hergestellten verkaufsfertigen Bieres, die ausgeführten Biermengen und die Namen und Wohnorte der Empfänger, für jede in der Brauerei gebaute Biersorte gesondert nachgewiesen, sich ergeben.

Die Bücher müssen auf Erfordern den von dem Magistrat mit der Aufsicht beauftragten Beamten jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden. Die Ausfuhr muß in geeichten spundvollen Fässern oder in vollen und für jedes Frachtstück gleichgroßen Flaschen mit darauf befindlicher Bezeichnung des Raumgehaltes erfolgen.

Der Berechnung der Ausführvergütung ist der Raumgehalt der zur Ausfuhr benutzten Gefäße zugrunde zu

legen. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Stadthauptkasse.

II. Steuer von eingeführtem Bier.

§ 5. Steuerfuß.

Von dem in den Stadtbezirk eingeführten Bier wird eine Steuer erhoben, welche für schwereres (untergäriges) Bier 65 Pfennig und für leichteres (obergäriges) Bier 53 Pfennige pro Hektoliter beträgt.

§ 6. Befreiungen.

Von der Steuer befreit ist:

- Bier, welches in Mengen von nicht mehr als zwei Litern eingeführt wird,
- Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird. Durchgeführtes Bier ist auch solches, welches, auf der Eisenbahn zugeführt, ohne in die Stadt eingebracht zu werden, auf dem Bahnhofe lagert und demnächst in den Urgebunden weiterbefördert wird, oder welches, auf der Achse oder auf Schiffen eingegangen in denselben Gebunden und mit denselben Frachtbriefen u. s. f. weitergeht.
- Sogenanntes Retourbier einer im Stadtbezirke belegenen Brauerei, welches an diese in den Urgebunden zurücklangt, sofern die dafür feinerzeit gezahlte Ausführvergütung erstattet wird.

§ 7. Art, Ort, Zeit und Ueberwachung der Einfuhr.

Jede Einfuhr von Bier muß in geeichten Fässern mit darauf befindlicher Bezeichnung des Raumgehaltes oder in Flaschen, welche für jedes Frachtstück gleichartig sind, erfolgen. Die Einfuhr darf nur auf einer Einfuhrstraße und nur während der Tageszeit geschehen. Einfuhrstraßen sind:

- die hier einmündenden Eisenbahnen,
- die als Einfuhrstraßen vom Magistrat ausdrücklich bezeichneten Land- und Wasserstraßen mit den für letztere bestimmten Landungsplätzen.

Als Tageszeit wird angegeben:

- in den Monaten Mai bis September die Zeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
- in den Monaten Oktober bis April die Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Die Einfuhr außerhalb dieser Zeit ist zulässig:

- wenn sie mittels der dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen, der regelmäßigen Schiffsverbindungen oder der Fahrposten erfolgt,
- wenn in besonderen Fällen die Erlaubnis vom Magistrat vorher erteilt worden ist, unter den dabei festgesetzten Bedingungen.

Jeder Frachtführer ist verpflichtet, den Aufsichtsbeamten auf Erfordern die zu den eingehenden Biersendungen gehörigen Begleitpapiere, Frachtbriefe u. s. f. vorzuzeigen.

§ 8. Zahlung der Steuer.

Von auswärts eingeführtes Bier muß von dem Empfänger spätestens am Tage nach dem Empfange während

der üblichen Dienststunden auf der Stadthauptkasse angemeldet und versteuert werden.

Steuern, welche hiernach an Sonn- und Festtagen entrichtet werden müßten, sind am Vormittage des nächsten Werktages zu zahlen.

Wer Bier empfängt, welches von auswärts eingeführt ist, hat der Kasse eine mit seiner Unterschrift versehene Anzeige in doppelter Ausfertigung vorzulegen, aus welcher der Name und Wohnort des Absenders, die Art des empfangenen Bieres und der Raumgehalt der Gebinde oder Flaschen, der Lagerort, Tag und Stunde des Empfanges und der Betrag der Biersteuer ersichtlich sein müssen. Eine Ausfertigung wird dem Steuerpflichtigen mit Empfangsbescheinigung zurückgegeben; dieselbe ist in einem Sammelhefte aufzubewahren und den Aufsichtsbeamten auf Erfordern vorzuzeigen.

Der Berechnung der Biersteuer ist der Raumgehalt der zur Einfuhr benutzten Gefäße zugrunde zu legen.

§ 9. Lagerbuch.

Wer sich mit dem Kauf von Bier zum Weiterverkauf oder Ausschank befaßt, hat über das nach dem Inkrafttreten dieser Steuerordnung unmittelbar von auswärts bezogene Bier, welches von dem etwa vorhandenen einheimischen Getrennt zu lagern ist, ein Lagerbuch zu führen. In dieses sind in bezug auf das eingeführte Bier der Absender, die Zahl und der Raumgehalt der Fässer oder Flaschen, die Art des Bieres, der Lagerort, Tag und Stunde des Empfanges und Betrag der Biersteuer; in bezug auf das abgegebene oder ausgeführte Bier der Empfänger, Zahl und Raumgehalt der Fässer oder Flaschen, die Art des Bieres, insbesondere eine erfolgte Ab- oder Umfüllung, Tag und Stunde der Abgabe oder Ausfuhr und der Betrag der zurückerhaltenen Biersteuer spätestens am Tage nach dem Empfange der Versendung oder Abgabe zum Ausschank einzutragen.

Das Lagerbuch ist nebst dem Sammelhefte der Anzeigen (§ 8) jederzeit zur Einsicht der Aufsichtsbeamten bereit zu halten.

§ 10. Durchsuchungen.

Den Aufsichtsbeamten ist von denjenigen, welche Bier von auswärts bezogen haben, behufs Vornahme von Durchsuchungen der Zutritt zu den Räumen, in denen das Bier gelagert wird, zu gestatten.

§ 11. Ausführvergütung.

Den im § 9 bezeichneten Händlern wird für das von ihnen nach dem Inkrafttreten dieser Steuerordnung in den Stadtbezirk eingeführte und versteuerte Bier, sofern sie dasselbe aus dem Stadtbezirke ohne vorausgegangene Vermischung mit anderen Bieren oder mit Wasser oder sonstigen Stoffen wieder ausführen, die nachweislich gezahlte Steuer voll vergütet. Der Anspruch auf die Vergütung

